



II-4512 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/0-I/6/92

17. Jänner 1992

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

1989 IAB

Parlament
1017 W i e n

1992 -01- 20

zu 19971J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Khol, Ingrid Tichy-Schreder, Mag. Molterer und Kollegen haben am 18. November 1991 unter der Nr. 1997/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Informationsbroschüre "EWR-ABC" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Weshalb wurde die Informationsbroschüre des Bundeskanzleramtes über die Auswirkungen des EWR-Vertrages ohne Befassung des EWR-Verhandlungsleiters Bundesminister Dr. SCHÜSSEL sowie von Außenminister Dr. MOCK und Landwirtschaftsminister Dr. FISCHLER erstellt?
2. Weshalb wurde eine sachkundige und substantielle Darstellung über die Auswirkungen einer EWR-Teilnahme in allen betroffenen Bereichen vermieden?
3. Warum finden sich in der Broschüre Abbildungen der beiden an den EWR-Verhandlungen nicht beteiligten Regierungsmitglieder, nämlich des Bundeskanzlers Dr. VRANITZKY und des Staatssekretärs Dr. JANKOWITSCH?
Wäre es stattdessen nicht sinnvoller gewesen, Schaubilder über die zu erwartenden wirtschaftlichen, verkehrsmäßigen oder finanziellen Auswirkungen für Österreich zu zeigen?
4. Halten Sie die bisherige Informationstätigkeit des Bundeskanzleramtes über die Folgen einer EWR- und einer EG-Teilnahme Österreichs für ausreichend?
5. Wie beabsichtigen Sie, einen höheren Informationsstand der Bevölkerung über die Fakten zum EWR und zur EG zu erreichen?"

- 2 -

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Gemäß dem Bundesministeriengesetz, Teil 2 der Anlage zu § 2, ist das Bundeskanzleramt für die Informationstätigkeit der Regierung zuständig, insbesondere auch für die Information der Öffentlichkeit über die Arbeit der Regierung. Wie mir versichert wird, hat allerdings bei der Abfassung der Broschüre Informationsmaterial der Bundesministerien Berücksichtigung gefunden und auch eine Zusammenarbeit mit Beamten anderer Ressorts stattgefunden.

Zu Frage 2:

Innerhalb von ca. 2 Monaten wurden 70.000 Stück des EWR-ABC bestellt. Insbesondere bei Jugendlichen und Schülern fand die Broschüre großen Anklang. Auch vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde sie zur Verteilung gebracht. Dergleichen haben beide Regierungsparteien jeweils eine größere Anzahl bestellt und bestellen auch immer wieder nach. Darüber hinaus gibt es zahlreiche positive Reaktionen vor allem aus dem Bereich der Interessenvertretungen, der Banken und auch der Verwaltung. Allein diese Fakten entkräften den in der Anfrage erhobenen Vorwurf und beweisen, daß die Zielsetzungen des EWR-ABC erreicht wurden.

Anliegen des EWR-ABC war es nicht, für ein Fachpublikum umfassende und ausführliche Informationen aufzubereiten, sondern in einer verständlichen Form einfache und klare Informationen für den interessierten Staatsbürger zu geben. Deshalb wurde auch der Titel "EWR-ABC" gewählt. Es sollte den Einstieg in die sperrige Materie erleichtern und zur gezielten weiteren Information anregen. Diese vertiefenden Informationen sollen u.a. über Spezialbroschüren ermöglicht werden, die von den einzelnen Bundesministerien gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt erstellt werden, beziehungsweise zu den Themen Umwelt,

- 3 -

Forschung, Gesundheit, soziale Sicherheit und Bildung. Das Bundeskanzleramt hat dieses Angebot der Zusammenarbeit auch an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gerichtet, es wurde von diesem aber bisher nicht aufgegriffen.

Zu Frage 3:

Wie ich schon ausgeführt habe, ist das Bundeskanzleramt für die Informationstätigkeit der Bundesregierung zuständig.

Ich möchte in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, daß es die Staats- und Regierungschefs der EFTA-Staaten waren, die am 15. März 1989 auf EFTA-Seite den EWR-Verhandlungsprozeß einleiteten und die auch die gesamten Verhandlungen begleiteten und unterstützten. Sie gaben bei den weiteren Treffen der EFTA-Staats- und Regierungschefs (Göteborg 1990, Wien 1991) Impulse für den weiteren Verhandlungsverlauf und räumten im bilateralen Kontakt zueinander bzw. zur EG Schwierigkeiten aus dem Weg. Staatssekretär Dr. JANKOWITSCH hat seit seinem Amtsantritt an den EWR-Verhandlungen auf Ministerebene teilgenommen und im Inland an der Koordination der grundsätzlichen österreichischen Verhandlungspositionen und der innerstaatlichen Vorbereitungsmaßnahmen (Rechtsreform, Personal, Information u.a.) mitgewirkt.

Das Gesamtkonzept der Broschüre ist nicht darauf aufgebaut, die Informationen durch Graphiken und Schaubilder zu vermitteln. Es wurde daher auf diese bewußt verzichtet.

Zu den Fragen 4 und 5:

Angesichts der bevorstehenden Teilnahme Österreichs am EWR und ebenso des angestrebten EG-Beitritts sind eine Reihe von Maßnahmen zur umfassenden Information der österreichischen Bevölkerung in die Wege geleitet worden. Auf diesem Weg sollen alle Bürger in die Lage versetzt werden, sich mit jenen für Österreichs Zukunft so wichtigen Fragen auf der Grundlage rationaler und wohlüberlegter Entscheidungen auseinanderzu-

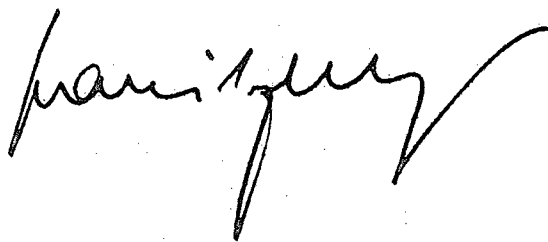
setzen. Es wird daher vor allem notwendig sein, Informationen gut, knapp und verständlich aufzubereiten und auf die individuellen Informationswünsche einzugehen.

Neben den schon angeführten Broschüren liegt seit einigen Wochen der erste Band der Schriftenreihe "Europa" des Bundeskanzleramts über "Fundamentale Rechtsgrundlagen einer EG-Mitgliedschaft" auf. In nächster Zeit ist in dieser Reihe eine Studie zu den ökonomischen Auswirkungen des EWR geplant.

In Kürze wird die österreichische Bundesregierung mit einer breit angelegten EG-Informationsoffensive an die Öffentlichkeit treten. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung am 17. Dezember 1991 beschlossen, die Firma Demner und Merlicek als Bestbieter mit der Durchführung der werbetechnischen Maßnahmen der Europa-Informationsoffensive der Bundesregierung zu beauftragen.

Es wird zukünftig auch notwendig sein, in noch stärkerem Ausmaß als bisher den Vertretern der Medien Zugang zu detaillierten Informationen im Zusammenhang mit der europäischen Integration zu verschaffen. Derzeit laufen EG-relevante Aussendungen des Bundespressdienstes täglich über das 2. APA-Netz. Ab dem heurigen Jahr wird im Bundeskanzleramt auch eine Europa-Dokumentationsstelle zur Verfügung stehen.

Um zu einer umfassenden Information der Öffentlichkeit zu gelangen, wird es aber sicher auch notwendig sein, daß alle Bundesministerien, die Landesregierungen, das Parlament sowie auch die Interessenvertretungen in ihren Bereichen verstärkt mitwirken.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kainzler', written in a cursive style.